



**RALPH SCHALLMEINER**

Der neue Abgeordnete aus Thalheim wird sich vor allem für Sozial- und Familienpolitik einsetzen. **Seite 3**



**ZUKUNFTSPROJEKTE**

Initiativen, Projekte und Betriebe für eine bessere Zukunft. Mehr auf den **Seiten 4/5**



**KLIMAPOLITIK**

Oberösterreich investiert noch zu wenig in den Klimaschutz. Mehr auf **Seite 7**

# OÖ.PLANET

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

AUSGABE NR. 104

22. JAHRGANG | DEZEMBER

OÖ.PLANET NR. 07/2019 | PREIS: € 1,-  
ÖSTERREICHISCHE POST AG | MZ 02Z031264 M  
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17  
RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN

DIE GRÜNE  
BILDUNGS-  
WERKSTATT  
OBERÖSTERREICH

# Stoppt den Flächenfraß

In Oberösterreich werden täglich 1,2 ha Boden für Bau- und Verkehrszwecke umgewidmet, 0,5 ha davon wird in der Folge versiegelt. Österreichweit be-

trägt der aktuelle Flächenverbrauch 12 Hektar pro Tag – das sind 17 Fußballfelder. Mehr über Forderungen einer anderen Raumpolitik auf **Seite 6**



*„An den Ortsrändern stehen oft einstöckige Supermärkte, umgeben von einer doppelt so großen Fläche zum Parken. Hier wird Boden in höchstem Maße verschleudert. Das müssen wir endlich stoppen.“*  
**Ulrike Böker und Stefan Kainerder**

Foto: Die Grünen OÖ

## Neue Budget-Töne

**A**us Vorarlberg kommen mit Schwarz-Grün 2 auch neue Budget-Töne und Landeshauptmann Stelzer sollte genau hinhören. Denn sein westlicher ÖVP-Kollege Wallner verzichtet künftig auf die „Null-Schulden-Politik“. Oberösterreichs schwarz-blaue Koalition dagegen

beharrt auf der Schuldenbremse. Während Vorarlberg künftig mehr Raum lässt für wichtige Investitionen, geht bei uns die Kürzungspolitik in die nächste Runde. Weitblick und Innovation dort, sture Sparschiene hier bei uns. Vorarlberg geht einen anderen Weg, dem auch Oberösterreich dringend folgen sollte.



Dass Klimaschutz künftig einen neuen Stellenwert in der Vorarlberger Regierungspolitik bekommen soll, komplettiert das zukunftsweisende Bild aus dem Ländle. „Die ÖVP in Vorarlberg hat die Zeichen der Zeit und die größte Herausforderung erkannt. Man stellt die Weichen, um diese Herausforderung zu meistern und gibt dem Klimaschutz Toppriorität. Genau das erwarten wir auch endlich von der Koalition hier im Land.“

■ **Stefan Kainerder**, Landessprecher der Grünen OÖ



## ZUGESPITZT



■ MARCO VANEK  
CHEFREDAKTEUR  
MARCO.VANEK@  
GRUENE.AT

Liebe Leserinnen  
und Leser,

mit der Aufhebung des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes auf Bundesebene durch den Verfassungsgerichtshof knapp vor Weihnachten wurde wieder eines der sogenannten Leuchtturmprojekte von Türkis-Blau I in zentralen Punkten als verfassungswidrig erklärt. Klar ist, dass nun auch der oberösterreichische Landtag handeln und das oberösterreichische Sozialhilfegesetz, das ab 1. Jänner in Kraft getreten ist, verfassungskonform reparieren muss. Denn im vorausseilenden Gehorsam wurden Bestimmungen übernommen, die nun aufgehoben wurden, etwa die finanzielle Benachteiligung von Mehrkindfamilien. Wenn das Gesetz nicht geändert wird, ist es nur eine Frage der Zeit, bis der Verfassungsgerichtshof auch das oberösterreichische Gesetz aufhebt. Denn eines wird durch die Urteile des obersten Gerichts klar: Der Sozialstaat darf die Schwächsten unserer Gesellschaft nicht allein im Regen stehen lassen. Daher muss auch Oberösterreich in seinen Ausführungsgesetzen darauf schauen, dass alle gleichbehandelt werden...

... meint Marco Vanek  
Chefredakteur öö.planet

## KURZMELDUNG

## Koalitionsverhandlungen

Zur Drucklegung dieser Ausgabe am 23.12.2019 waren die Koalitionsverhandlungen noch in einem fortgeschrittenen Stadium und sollen nach den Feiertagen abgeschlossen werden. „Was wir jetzt versuchen, ist sehr sehr schwierig. Aber wir müssen die richtigen Weichen stellen“, meinte Stefan Kaineder in den ÖÖN.

AUSNAHMEN  
BLEIBEN

„Ich bin froh, dass es zur jetzigen Gesetzesänderung gekommen ist“, betont Claudia Hauschildt-Buschberger, seit kurzem Bundesrätin für die Grünen. „Wichtig wäre es aber, dass diese Menschen mit Lehrabschluss – sofern sie kein Asyl erhalten sollten, weiterhin in Österreich bleiben können.“ Hauschildt-Buschberger weist aber auf eine kleine Gruppe an Lehrlingen hin, die von der neuen Gesetzesänderung ausgenommen sind: Das sind all jene, die bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes einen rechtskräftigen Bescheid zur Ausreise bekommen haben, aber mit der Lehre noch nicht fertig sind. Sie müssen nach wie vor mit der Abschiebung rechnen.

Lehrlingsinitiative: Der  
lange Weg zum Erfolg

Mitte Dezember beschloss der Nationalrat, dass Lehrlinge mit negativem Asylbescheid während der Lehrzeit nicht abgeschoben werden dürfen. Dieser Beschluss ist der erfolgreiche Schlusspunkt eines zweijährigen Bemühens von Rudi Anschober.

## ■ MARCO VANEK

Nach einer Abschiebung eines bestens integrierten Asylwerbers direkt aus einer Küche eines Gasthauses in Dietach gründete Rudi Anschober vor zwei Jahren die Initiative „Ausbildung statt Abschiebung“. Er forderte darin ein Ende der Abschiebungen von Lehrlingen mit negativem Asylbescheid.

Zentrales bundespolitisches  
Thema

Damals war das mediale Interesse noch überschaubar, gerade mal zwei Journalisten kamen zur ersten Pressekonferenz. Doch Anschober ließ nicht locker, begann parteiübergreifende Allianzen zu schmieden. Immer mehr VertreterInnen aus der Wirtschaft, Gemeinden, Politik und der Zivilgesellschaft und darüber hinaus viele Prominente schlossen sich an. Etwa die Schiliegende Hermann Maier, die SchauspielerInnen Adele Neuhäuser und Harald Krassnitzer und PolitikerInnen unterschiedlicher Parteien unterstützten seine Initiative. Innerhalb weniger Monate gelang es Anschober, aus einem regionalen Anliegen



Anschober: „Die Lehrlinge können nun ihre Ausbildung ohne Angst und Ungewissheit abschließen.“

ein zentrales bundespolitisches Thema zu machen. Sogar Medien aus Großbritannien, Finnland, Schweden, Italien und Spanien berichteten über diese Initiative. Hunderte Videos, Fotos und Einzelschicksale wurden zehntausendfach in den Sozialen Medien kommentiert und diskutiert.

## 80.000 UnterstützerInnen

Nicht nur prominente MeinungsträgerInnen trugen zum Erfolg bei. Es waren die 80.000 UnterstützerInnen oder die Willensbekundung von 135 Gemeinden, die sich hinter diese Allianz stellten. Die Stimmung in der Bevölkerung kippte zunehmend zugunsten der Allianz. Laut einer profil-Umfrage unterstützen aktuell 67 Prozent der Befragten die Forderung, dass AsylwerberInnen jedenfalls ihre Lehre abschließen können sollen, auch wenn sie

einen negativen Asylbescheid bekommen haben. Diese deutliche Mehrheit zieht sich laut einer anderen Studie von SORA durch alle Altersgruppen, Bildungsniveaus und Regionen.

Das ist die große Mehrheit der Lehrlinge. Auch jene, die eine negative Entscheidung des Bundesverwaltungsrechts bereits erhalten haben, welchen aber durch ein Höchstgericht

„Der Beschluss des Nationalrates ist ein erster wichtiger Schritt für eine notwendige Gesamtlösung und nicht das Ende der breiten Allianz für Menschlichkeit und wirtschaftliche Vernunft.“

Rudi Anschober, ÖÖ. Integrationslandesrat

„Mit dem nun gefassten Nationalratsbeschluss haben wir ein erstes Ziel erreicht“, freut sich Rudi Anschober. Betroffen von der Neuregelung sind jene AsylwerberInnen, die in erster und zweiter Instanz noch auf eine Entscheidung warten.

aufschiebende Wirkung zuerkannt wurde, profitieren von der neuen gesetzlichen Regelung. „Sie alle können nun ihre Ausbildung ohne Angst und Ungewissheit abschließen und sind in dieser Zeit nicht mehr von der Abschiebung bedroht.“

## Neu im Bundesrat

Claudia Hauschildt-Buschberger folgt David Stögmüller nach.

Die heute 49jährige war bereits vor dreißig Jahren bei den Grünen auf Landesebene aktiv. Nach einer Pause nahm sie 2009 ihr grünpolitisches Engagement an ihrem Wohnort in Seewalchen am Attersee wieder auf. Heute ist sie dort Fraktionssprecherin im Gemeinderat und auch regional als Bezirkssprecherin der Grünen in Vöcklabruck engagiert.



Im November übernahm sie das Mandat im Bundesrat von David Stögmüller, der in den Nationalrat wechselte. Wie ihre Arbeit als Gemeinderätin

geht sie ihre Aufgabe in der Länderkammer mit großem Engagement an. Zuletzt war sie beruflich als Rechtsberaterin in einer NGO tätig und

kennt von beruflicher Seite her sehr gut die schwierige rechtliche Situation im Asyl- und Integrationsbereich. Das Thema Flucht und Integration wird weiterhin bestimmend bleiben, ergänzt durch das breite Feld der Sozial- und Gesellschaftspolitik. Da nun die Grünen wieder genug Mandate im Bundesrat haben, werden sie nun wieder eine Fraktion bilden, deren stellvertretende Sprecherin Hauschildt-Buschberger sein wird: „Für mich beginnt nun im Parlament eine spannende und herausfordernde Zeit“.

# „Der Markt regelt nicht alles“

Billigere Mieten und Wohnungspreise wird es nur durch mehr gesetzliche Vorgaben geben. Der neue Grüne Nationalratsabgeordnete Ralph Schallmeiner im Gespräch.

## MARCO VANEK

Die Frage nach der Gerechtigkeit stand für den gebürtigen Welser schon immer im Vordergrund seines politischen Engagements. Der heute 43jährige ist seit über zwanzig Jahren bei den Grünen auf verschiedenen Ebenen engagiert. Bei der Nationalratswahl im heurigen Herbst gewannen die Grünen erstmals ein Direktmandat im Wahlkreis Hausruck, das Schallmeiner als regionaler Spitzenkandidat zufließt. Dass er nun seine politische Laufbahn als Nationalratsabgeordneter fortsetzt, war bis dato nicht wirklich ein Teil seiner Lebensplanung. Am Montag nach der Wahl war er sehr überrascht, als er vom Gewinn des Direktmandates erfuhr. „Ich war gerade auf einem Elternabend im Kindergarten und war darüber ziemlich aufgeregt, als ich die Nachricht auf meinem Handy las.“

Nach Rücksprache mit seiner Frau war es aber schnell klar für ihn, dass er beruflich neue Wege beschreiten wird. Er kündigte daraufhin seinen Job beim Elektrohändler Conrad und widmet sich von nun an in Vollzeit seinen politischen Aufgaben. „Klar war für mich auch, dass ich mein Gemeinderatsmandat in Thalheim behalte.“



Foto: Max Mayrhofer

ten werde. Denn die Arbeit auf kommunaler Ebene erdet mich, und es tut gut, wenn man von der großen Politik etwas herunterkommt“.

geworden ist. Vor allem sind es die steigenden Wohnkosten, die viele seiner MitbewohnerInnen zu schaffen machen. Mieten und Wohnungspreise,

„Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Unser Ziel muss es sein, dass leistbarer Wohnraum für alle verfügbar ist.“

Ralph Schallmeiner

### Leistbares Wohnen

Das Thema Gerechtigkeit spielt beim Wohnen – ebenso wie bei Schallmeiners zweitem großen Thema, der Familienpolitik – eine große Rolle, das in seinem Heimatort Thalheim bei Wels zu einem bestimmenden Thema

die so hoch wie in der Linzer Innenstadt sind und sich schön langsam an die Wohnungspreise in der Wiener City annähern, beschäftigen ihn schon länger. „In Thalheim wird mit den Grundstücken ziemlich spekuliert. Etwa 18 Prozent des ausgewiesenen Baulandes sind in

Thalheim nicht bebaut. Da warten die Grundbesitzer nur drauf, dass die Preise noch höher werden. Selbst wo neu gebaut wird, werden fast ausschließlich die sehr hohen Marktpreise verlangt. Von sozialen Mietpreisen ist in Thalheim schon längst keine Rede mehr.“ Als eine der Ursachen für hohe Miet- und Wohnungspreise sieht Schallmeiner die FP-dominierte Wohnbaupolitik in Oberösterreich. „Seit Haimbuchner als Wohnbaulandesrat die sozialen Regelungen zurückgefahren hat, blüht die Spekulation und die Preise steigen“. Auch sollten die gemeinnützigen Bauträger weniger Eigentumswohnungen errichten dürfen und stattdessen sich wieder auf ihre ureigenen Ziele zurückziehen: dem Bauen von leistbaren Wohnungen.“ Dass hier der Staat mit neuen gesetzlichen Vorgängen eingreifen muss, ist für Schallmeiner notwendig. „Der Markt regelt nicht alles, sonst werden sich Alleinerziehende, Familien, ArbeiterInnen bald keine Wohnung mehr leisten können.“

### ZUR PERSON

Ralph Schallmeiner: geboren 1976 in Wels, war bis Oktober kaufmännischer Angestellter in einem Elektrohandelsunternehmen in Wels, verheiratet, Vater von zwei Kindern (9 und 5 Jahre). Aktiv bei der Grün-Alternativen-Jugend, bei der GRAS, Vorsitzender der ÖH-Salzburg und der Bundes-ÖH, seit 2009 im Gemeinderat von Thalheim, seit 2012 Fraktionssprecher und seit 2015 Gemeindevorstand, seit Oktober 2019 Abgeordneter zum Nationalrat.

### KURZMELDUNG

#### Das budgetpolitische Paradoxon von Linz

Linz soll bis 2025 Europäische Klimahauptstadt werden. Zahlreiche Klimamaßnahmen wurden in letzter Zeit vom Linzer Gemeinderat beschlossen und finden sich auch im aktuellen Doppelbudget wieder. Doch die positiven Maßnahmen könnten schnell verpuffen, wenn die Ausbaupläne beim Straßenbau bzw. bei der Errichtung von Gewerbegebieten am Stadtrand wie geplant umgesetzt werden. So werden in den nächsten Jahren allein in Linz 1000 Millionen Euro in neue Autobahnschneisen investiert. In Pichling und bei der Universität sollen große Waldflächen für neue Betriebsansiedlungen gerodet werden. Da nützt es für die CO<sub>2</sub>-Bilanz wenig, dass in der Innenstadt tausend neue Bäume mühsam gepflanzt wurden. Auch sind die Pläne für eine Tiefgarage im Schillerpark nach wie vor nicht vom Tisch. Der Andreas-Hofer-Park ist nur durch den Einsatz einer BürgerInnen-Initiative gerettet worden. Diese Beispiele zeigen: In Linz gibt es das Paradoxon, dass einerseits sinnvolle Klimaschutzmaßnahmen beschlossen werden, die aber kurz darauf durch andere Beschlüsse konterkariert werden.



Neben den klimapolitischen Maßnahmen, die sich in den Voranschlägen für die kommenden beiden Jahre finden, gibt es auch weitere positive Neuerungen. Das sind vor allem die Mittel im Bildungsbereich, die bei den Kinder- und Jugendservices einen immer größeren Anteil haben. Eine Entwicklung, über die sich Eva Schobesberger besonders freut, ist die Viertelmillion für die Freie Szene. „Diese Entscheidung entspricht nicht nur dem Kulturentwicklungsplan, sondern ist auch eine längst überfällige Wertschätzung für das Engagement und die großartige Arbeit, die hier stattfindet.“

→ [linz.gruene.at](http://linz.gruene.at)

## Erfolgreich Grün Wirtschaften

Von 4. bis 5. März 2020 findet in Oberösterreich die Wirtschaftskammerwahl statt. 108.000 UnternehmerInnen sind aufgerufen, ihre Standsvertretung neu zu wählen.

„Bereits seit 14 Monaten arbeitet das Team der Regionalleitung an der Vorbereitung für die Kammerwahlen, und wir haben es geschafft, dass in Oberösterreich 211 Kandidatinnen und Kandidaten für die Grüne Wirtschaft antreten“,

freut sich Bernhard Seeber, der Sprecher der Grünen Wirtschaft in Oberösterreich und auch Spitzenkandidat. „Unser Ziel ist deutlich zweistellig zu werden (bisher 9,4%) und in mehreren Fachgruppen erstmals auch die Obleute zu stellen“.

„Wir engagieren uns seit 20 Jahren für faire Rahmenbedingungen bei Steuern und Sozialversicherung, unternehmerische Freiheit und Wirtschaften mit Rücksicht auf die Umwelt und das Gemeinwohl, und wir sind vor allem offen für UnternehmerInnen und Selbstständige

außerhalb des traditionellen Parteien- und Politikspektrums. Das spricht die Menschen an, und wir freuen uns über immer stärkeren Zulauf.“

Traditionell ist die Wahlbeteiligung jedoch niedrig und wird voraussichtlich 2020 erstmals unter die 30 % Marke fallen. Der Wirtschaftsbund mobilisiert, was er kann, um drohende Verluste an die Grüne Wirtschaft abzuwenden. „So haben alle MitarbeiterInnen der WKO Oberösterreich auf Anordnung von Präsidentin Doris Hummer in den Semesterferien Urlaubs-



sperre. Damit ist klar, dass der Wirtschaftsbund bereit ist, seine gesamte Hausmacht für die Wahlen ins Feld zu führen“ so Bernhard Seeber. „Nur wenn wir erfolgreich sind, wird die WKO demokratischer, transparenter und ökologischer werden, denn wir sind die einzige Opposition in der Wirtschaftskammer und die einzige Alternative zur Politik des ÖVP-Wirtschaftsbundes.“

Foto: Foto: Flausen / Illustration: Anita Berner



Seeber: „Sprecht mit UnternehmerInnen, motiviert sie, eine Wahlkarte anzufordern und sich aktiv an den Wahlen zu beteiligen.“

# Die Zukunft selbst in die Hand nehmen

Es gibt sie zahlreich im ganzen Land. Projekte, Initiativen, Organisationen, Betriebe, Einrichtungen ... die den Wandel hin zu einer ökologischen und gerechten Gesellschaft bereits in die Tat umsetzen.

## MARCO VANEK

**E**ines haben sie gemeinsam: Sie stärken die lokale Wirtschaft und nachbarschaftliche Initiativen, reduzieren Abhängigkeiten und machen

Gemeinschaften widerstandsfähiger gegenüber ökonomischen und ökologischen Krisen. Wir stellen einige dieser Projekte und Initiativen vor.



## Green Events

Wer Veranstaltungen möglichst klimafreundlich ausrichten möchte, findet bei den Green Events wertvolle Anhaltspunkte. In Oberösterreich haben sie sich aus dem Klimakultur-Ansatz des Klimabündnisses entwickelt und sind seit jeher eng mit freien Kulturinitiativen verknüpft: So gelten das „Inntöne Jazz-Festival“, „Bock Ma's“ Benefizfestival in Timelkam und die „Unterkagerer Sunnseitn“ als erste Green Events hierzulande. Insbesondere im Bereich der Initiativen Sommerfestivals sind Green Events stark vertreten – vom „Seewiesen Festival“ in Kleinreifling, „Rock im Dorf“ in Klaus bis hin zum „Musikclub Open Air“ in Lembach. „Open Air Ottensheim“ und das Taiskirchner „Free Tree Open Air“ zum Beispiel belohnen die öffentliche Anreise ihrer Gäste mit einem Freigetränk, setzen auf Mehrweggeschirr und Bio-Lebensmittel oder haben ein Abfalltrennsystem für den Campingplatz entwickelt.

→ [klimakultur.at/green-events](http://klimakultur.at/green-events)



## CSA-Landwirtschaft

Pionier auf dem Gebiet der CSA-Landwirtschaft in Oberösterreich ist das Projekt „Gemüsefreude“ in Sattledt. Magdalena Mayr und Jonathan Martin bauen übers Jahr eine große Vielfalt an Gemüsearten (ca. 200 Sorten) und vermarkten diese über ein einfaches, aber besonderes Modell: Dabei teilen sich eine fixe Anzahl von KonsumentInnen eine Saison lang Kosten, Risiko, Ernte und Überschüsse der Gemüseproduktion.

Ein ähnliches Projekt gibt es in Scharnstein mit dem Projekt „Almgrün“, wo sich die Felder gleich neben der „Grünen Erde“ befinden und in Linz der „Leisenhof“.

→ [www.gemueseFREUDE.at](http://www.gemueseFREUDE.at)  
→ [www.almgruen.at](http://www.almgruen.at)  
→ [www.leisenhofgaertneri.at](http://www.leisenhofgaertneri.at)



## Second Hand

Nach dem Motto „Ohne Kohle zur neuen Garderobe“ können bei einer Kleidertauschparty ehemalige Lieblingskleidungsstücke mit Anwesenden getauscht werden. Wo: Linz, Offenhausen, FreiRaum-Wels, im OTELO Vöcklabruck, rōda Steyr.

## NÄHKÜCHE.



## Nähküchen

In der Nähküche Linz wird Ausgetragenes, Löchriges und Altes recycelt, um es in schöne und persönliche Einzelstücke zu verwandeln. Dabei stellt die Nähküche Nähmaschinen, Stoffe und Know-how zur Verfügung und bietet regelmäßig Workshops für neue NähköchInnen an. Weitere Nähküchen: bei der Volkshilfe in Eferding und Freistadt.

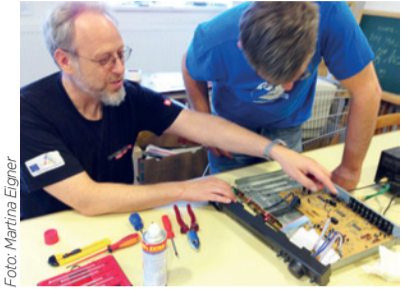
→ [naehkueche.wordpress.com/kenn-uns](http://naehkueche.wordpress.com/kenn-uns)

## kostnix

## Kost-Nix-Läden

Nicht mehr benötigte Gegenstände können in den OTELOs Ottensheim und Freistadt oder im Willy\*Fred Linz zu den Öffnungszeiten vorbeigebracht oder mitgenommen werden. Einen weiteren Laden gibt es auch in Bad Leonfelden.

→ [www.exitsozial.at/bad-leonfelden-kost-nix-laden-feierlich-eroeffnet/](http://www.exitsozial.at/bad-leonfelden-kost-nix-laden-feierlich-eroeffnet/)



## Repair Cafés

Das Konzept ist gleichermaßen simpel wie genial: Bei diesen Treffen reparieren die Teilnehmenden mit Unterstützung von handwerklich Geschickten elektronische Geräte, Spielzeuge oder Fahrräder. Wels, Linz, Vorchdorf, Grieskirchen...

→ [repanet.at/projekte-2/reparaturcafes\\_initiativen](http://repanet.at/projekte-2/reparaturcafes_initiativen)

## NETs.werk

Nachhaltig leben

## FoodCoops

In Oberösterreich entstanden in den letzten Jahren zahlreiche Lebensmittelkooperativen. Eine der größten Zusammenschlüsse in OÖ ist das NETs.werk, mit elf eigenständigen Regionalstellen in Oberösterreich und neun weiteren in Wien und Niederösterreich. Die Idee ist einfach: So regional wie möglich müssen die Produkte tierfreundlich erzeugt sein und das NETs.werk zahlt den ProduzentInnen einen fairen Preis. Jeweils bis Dienstag muss über eine Homepage der Einkauf bestellt und am Freitag abgeholt werden. Weitere Regionalstellen in Dietach, Sierning, Linz, Neuhofen, Wilhering...

→ [www.netswerk.at](http://www.netswerk.at)

Weitere selbstorganisierte Foodcoops, die ähnlich wie das NETs.werk funktionieren bestehen in Taiskirchen (Guat), in Hohenzell (Riadarei), in Kirchdorf (Güterwege)...



## Gemeinschaftsgärten

In Oberösterreich entstanden in den letzten Jahren über 70 Gemeinschaftsgärten. Gemeinschaftsgärten sind Orte, an denen gemeinsam Lebensmittel angebaut werden und an denen die Natur wieder erfahrbar wird. Gemeinsames Lernen, die Vermittlung von Wissen und die interkulturelle Verständigung stehen im Mittelpunkt. Darüber hinaus gibt es in Oberösterreich eine Reihe an interkulturellen Gemeinschaftsgärten wie in Sierning, in Linz, etwa bei der Tabakfabrik, in Leonding das Gartenlabor, Braunau, Ried/Innkreis...

Ein Überblick bietet → [gartenpolylog.org/](http://gartenpolylog.org/)

## Vorbildliche Großbetriebe in OÖ

**D**ie voestalpine testet mit der weltweit ersten 6-Megawatt-Wasserstoff-Pilotanlage die Dekarbonisierung der Stahlerzeugung. Es wird aber noch Jahre brauchen, bis diese Technologie zum Einsatz kommt.

Die Papierfabrik Laakirchen verarbeitet ausschließlich Altpapier und konnte so die ohnehin ausgezeichneten CO<sub>2</sub>-Werte dieser

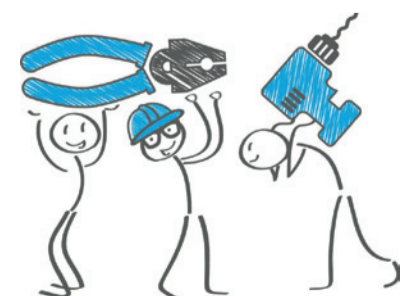
Branche nochmals um 20 Prozent verringern.

Das Kirchdorfer Zementwerk zählt zu den emissionsärmsten und ressourcenschonendsten Zementproduzenten Europas und liefert Wärme für etwa 1.500 Kunden. Die Lenzing AG investiert 100 Mio. Euro, um ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 zu halbieren.



## Reparaturbonus

**W**enn ein Gerät kaputt geht, kann man es meist reparieren lassen. Das schont die Umwelt und meist auch die Geldtasche. Auf Initiative von Landesrat Rudi Anschober unterstützt das Land Oberösterreich seit Herbst 2018 diese Idee mit einem Reparaturbonus, der 50% des Reparaturpreises bei maximal 100 Euro pro Person und Jahr ausmacht.



→ [land-oberoesterreich.gv.at/204744.htm](http://land-oberoesterreich.gv.at/204744.htm)



Foto: Helios

## Ökostrom

In der Gemeinde Krenglbach hat die Auseinandersetzung mit alternativen Energieträgern schon eine lange Tradition. Der liberalisierte Strommarkt ermöglicht die freie Wahl eines Stromanbieters. Die Gemeinde Krenglbach hat sich für die ökologische Alternative Ökostrom entschieden und versorgt alle Gemeindegebäude mit zertifiziertem Ökostrom. Weitere Initiative: Helios in Freistadt, das neben Ökostrom auch Energieprojekte mittels Bürgerbeteiligung initiiert.

→ [www.helios-sonnenstrom.at](http://www.helios-sonnenstrom.at)



Foto: ÖGF / Christoph Litschka

## Trinkwasserkraftwerk

Mit hohem Druck kommt das Trinkwasser vom Dachstein über das Echerntal nach Hallstatt herunter. Eine spezielle Apparatur bündigt nun den hohen Leitungsdruk und das Wasser kann für die Trinkwasserversorgung herangezogen werden, aber auch zur Stromerzeugung. Die gewonnene Energie wird ins örtliche Netz eingespeist. Dieses Projekt zeigt, wie mit geringen Investitionskosten eine innovative Lösung geschaffen wurde.



## E-Car-Sharing

Seit gut drei Jahren läuft das E-Car-Sharing-Projekt „Mühlferdls“. Heute stehen bereits in 18 Mühlviertler Gemeinden Elektroautos zum Ausleihen zur Verfügung. Mit einer Jahresmitgliedschaft von 360 Euro kann man 52 Stunden im Jahr mit dem Auto fahren. Wer mehr fährt, zahlt pro Stunde 3,90 Euro. Dadurch tritt der Besitz eines eigenen PKW in den Hintergrund, Mobilität geht damit mehr in Richtung einer Dienstleistung. Ermäßigungen gibt es für JungführerscheinbesitzerInnen. E-Car-Sharing gibt es auch in Krenglbach.

→ [www.muehlferdl.at](http://www.muehlferdl.at)



Foto: Grüne Erde

## Grüne Erde

Von einer kleinen Werkstatt für Naturmatratzen in Scharnstein hat sich das Unternehmen in den letzten 30 Jahren zu einem Anbieter mit einem breiten Sortiment an diversen Möbeln, Schlaf- und Heimtextilien sowie Naturkosmetik entwickelt. Den Weg vieler Unternehmen, die europäische Produktion nach China oder andere fernöstliche Billiglohnländer auszulagern und damit den hohen mitteleuropäischen Lohnkosten und Umweltstandards auszuweichen, ging das Unternehmen nicht.

→ [www.grueneerde.com](http://www.grueneerde.com)



Foto: Bilderbox.com

## Umweltsammeltaxi

In den Gemeinden Bad Goisern und in Klaus wurde ein Ruftaxi-system eingeführt, um die entlegenen Ortschaften an das Ortszentrum und an den öffentlichen Verkehr anzuschließen.



Foto: Bilderbox.com

## Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden

Traunseeregion: Über 700.000 Euro wurden in den letzten Jahren in Sonnenkraftwerke in den Anrainergemeinden des Traunsees investiert. Sie wurden vor allem auf öffentlichen Gebäuden installiert.



Foto: istock

## Energie- und Klimaschutztage für Schulen

Jährlich werden an zwei Tagen den SchülerInnen der Vöcklabrucker Schulen der Klimaschutz und das Thema Nachhaltigkeit nähergebracht. Den SchülerInnen wird nicht nur Wissen vermittelt, sondern in Workshops erarbeiten sie klimaschutzrelevante Lösungen und alltagsnahe Maßnahmen für das eigene Umfeld.



Foto: Bernd Fischer

## Genossenschaftsgeschäft UM'S EGG

UM'S EGG ist ein innovatives Genossenschaftsgeschäft mit Lebensmitteln und Produkten aus der Region und wurde im Februar 2019 eröffnet. Die Genossenschaftsmitglieder können dort jeden Tag einkaufen, an drei Tagen ist das EGG für alle KundInnen geöffnet. Die BetreiberInnen arbeiten vorwiegend mit gewerblichen und bäuerlichen Betrieben im oö. Ennstal zusammen. Im Sortiment bekommen die regionalen Produkte und Alternativen einen Vorzug. UM'S EGG ist somit ein kompletter moderner Nahversorger.

→ [ums-egg.at](http://ums-egg.at)



## FAIRytal Fair Fashion

Seit Jahren ist das Modelabel von Ingrid Gumpelmair-Grandl aus Eferding am Markt und macht mit seiner außergewöhnlichen Philosophie auf sich aufmerksam. Sie möchte zeigen, dass es in der Textilbranche möglich ist, nachhaltige und trotzdem trendige und leistbare Mode zu produzieren. In Kathmandu betreibt sie eine Schneiderei unter fairen Arbeitsbedingungen. Verwendet werden schadstoffarme Materialien.

→ [www.fairy-tale-fashion.at](http://www.fairy-tale-fashion.at)



## Und, und, und

Zu erwähnen sind noch die zahlreichen Weltläden, die eine wichtige Rolle in der Bewusstseinsbildung und beim Vertrieb fair und ökologisch hergestellter Produkte haben, die Radlobby mit den zahlreichen lokalen Gruppen, die sich für sanfte Mobilität einsetzen, die Zeitbank-Initiative Wir.gemeinsam, die wichtige Impulse für eine alternative Wirtschafts- und Lebensweise setzt, die regionale Währung Ennstaler, die die lokale Kaufkraft stärkt. Der Verein Trafo mit der Initiative Nachhaltiges Innviertel macht hervorragende Netzwerkarbeit. Zudem gibt es 729 Klimabündnisbetriebe, 296 Klimabündnisgemeinden, 209 Klimabündnisschulen und -einrichtungen ...

Wir bitten um Verständnis, dass wir aus Platzgründen nicht alle Initiativen und Projekte vor den Vorhang holen konnten.

## Den Wandel selber gestalten

Rob Hobkins ist ein britischer Umweltaktivist der die Transition-Bewegung mitbegründet hat. Das 2014 erschienene Buch Einfach.jetzt.machen! ist aktueller denn je. Anhand ausgesuchter Initiativen zeigt es auf, wie mit konkretem Handeln die Gesellschaft ökologischer und gerechter werden kann. Das Buch stellt mutmachende Projekte vor allem aus dem britischen Raum vor, die längst auch bei uns ausprobiert werden. Ein lesenswertes Buch, das auch zahlreiche Tipps enthält, wie der Wandel gestaltet werden kann. (mv)

**Rob Hobkins: Einfach.jetzt.machen, 190 Seiten, 2014 erschienen im Oekom Verlag, 12.95 EUR.**

## Linz soll kühler und grüner werden

Auf Initiative der Linzer Umweltstadträtin Eva Schobesberger setzt die Stadt Linz kurzfristig auf Kühlung der Innenstadt. Kurzfristig werden Effekte zur Kühlung der Stadt erwirkt. Dies wird durch eine intensive Baumpflanzoffensive erreicht, wie etwa die Aktion „1.000 neue Bäume für Linz“.

Ebenfalls kurzfristig umgesetzt werden Fassaden- und Dachbegrünungen bzw. die Erprobung kühlend wirkender Anstriche. Hierfür gibt es ein eigenes Förderprogramm. In den Bebauungsplänen des Magistrats wird ein Schwerpunkt auf die Vorschreibung von Grünanteilen bei Bauvorhaben bzw. die Verpflichtung

zur Sicherstellung von Ausgleichsflächen gelegt. Die Schaffung bzw. der Erhalt von Kühlkorridoren im Stadtgebiet und die Verfolgung des Konzepts der so genannten „Schwammstadt“ gegen Versiegelung und für bessere Wasserspeicherung zum Erhalt großer Bäume werden als Ziel definiert.



Foto: Die Grünen Linz

## KOMMENTAR



■ **GOTTFRIED HIRTZ**  
KLUBOBMANN DER  
GRÜNEN IM ÖÖ. LANDTAG  
**GOTTFRIED.HIRTZ@**  
**GRUENE.AT**

## Schwarz-Blau macht die Hausaufgaben nicht

„**M**acht eure Hausaufgaben, dann machen wir unsere“. Das ist die Botschaft der Jugend an die verantwortliche Politik all jener SchülerInnen, die für ihre Zukunft auf die Straße gehen. Mit dem nun beschlossenen Doppelbudget macht die schwarz-blaue Landeskoalition ihre Hausaufgaben aber nicht. Nicht annähernd. Denn wichtige Investitionen in die Zukunft werden sträflich vernachlässigt. Allen voran beim Klimaschutz.

Das hat offenbar zwei Gründe: Erstens hat Schwarz-Blau weder Ausmaß der Klimakrise noch die Dringlichkeit erkannt, effektiv dagegen vorzugehen. Sonst würde man nicht ein Alibipaket als Klimabudget verkaufen. Zweitens ordnet die Landeskoalition alles der sogenannten „schwarzen Null unter“. Man klebt an der Null-Schuldenpolitik und unterlässt es, Zukunftsfelder mit ausreichend Finanzmitteln zu versorgen. Das trifft nicht nur den Klimaschutz, sondern beispielsweise auch die Kinderbetreuung und den Schulbau. Die Schuldenbremse wird eben zur Investitionsbremse.

Dabei hat sich diese Nullschuldenpolitik bereits andernorts als Fehlweg erwiesen. Deutschland praktiziert seit Jahren die Schuldenbremse mit Nulldefizit. Die Folgen sind teils fatal: Die Infrastruktur in Deutschland zerbröckelt. Straßen sind desolat, Bahn und Schulen haben einen Sanierungsrückstau von vielen Milliarden Euro, und das Internet ist viel zu langsam. Für viele Ökonomen hat sich die Schuldenbremse mittlerweile als Fehlentscheidung herausgestellt.

# Magere Vorsätze beim Klimaschutz

Die Schuldenbremse wird zu einer Investitionsbremse, die Klimaschutzmaßnahmen in Oberösterreich verhindert. Einblicke ins Landesbudget der Jahre 2020 und 2021.

■ **MAX GUSENBAUER**

**H**aben Sie sich schon die legendären guten Vorsätze für das neue Jahr bereitet? All die wichtigen Vorhaben und Verhaltensänderungen, die man ganz sicher vorhat und die doch wieder scheitern? Macht aber nichts. Sie versuchen es wenigstens. Im Gegensatz zur schwarz-blauen Landeskoalition.

Diese hat bekanntlich das erste Doppelbudget Oberösterreichs beschlossen. Also den Landeshaushalt nicht nur für das kommende Jahr 2020, sondern auch für 2021. Sie haben zwar festgelegt, weil viel Geld in die verschiedenen Aufgabenfelder fließen, den allerwichtigsten Vorsatz, die dringendste Aufgabe, haben ÖVP und FPÖ ausgespart. In die Zukunft der nächsten Generationen zu investieren. „Mutige Investitionen in den Klimaschutz fehlen, Ausgaben für Schulbau und Kinderbetreuung werden für die nächsten zwei Jahre auf zu geringem Niveau eingefroren. Für die nächsten Generationen ist das keine gute Nachricht“, betont der Grüne Klubobmann Gottfried Hirtz.

### Klimaschutzbudget ist eine Fassade

So hat Schwarz-Blau rund um den Klimaschutz ein „Potemkinsches Dorf“ errichtet. Das „angebliche 400 Mio. Klima-

schutzbudget‘ ist eine Fassade“, wie Hirtz betont. „Man hat einfach Budgetbereiche addiert und Maßnahmen hineingepackt, die es ohnehin bereits gegeben hat. Es ist alter Wein in neuen Fässern“. Kurzum: Es gibt keine neuen oder zusätzlichen Klimaschutzmaßnahmen und -investitionen.

Weil Oberösterreich die Klimaziele mit den bisherigen Maßnahmen nicht erfüllt, müssen CO<sub>2</sub>-Zertifikate bis zu 308 Mio Euro gekauft und wieder Schulden gemacht werden. „Die Landeskoalition ignoriert den Auftrag der WählerInnen, den sie der Politik bei der Nationalratswahl mitgegeben hat. Nämlich alles zu tun, um mit wirkungsvollen Maßnahmen endlich die Klimakrise zu stoppen“, betont der Grüne Landessprecher Stefan Kaineder.

### Öffi-Ausbau statt Autobahnbau

Und die Maßnahmen liegen auf der Hand. Es müsste deutlich mehr Geld für die Sonnenenergie geben. Mehr Geld für die thermisch-energetische Sanierung von Gebäuden und mehr Geld für den öffentlichen Verkehr als eines der wichtigsten Instrumente gegen die Klimakrise. „Aber die Bagger stehen bei den Autobahnbaustellen und bei den längst überfälligen Öffi-Projekten. In



„*Noch immer wird viel Geld in den Straßenverkehr gesteckt. Mutige Investitionen in den Klimaschutz fehlen in Oberösterreich.*“

den nächsten 10 Jahren fließen rund zwei Milliarden Euro in den Autobahnbau. Für die Schiene bleiben aber nur Almosen“, betont Kaineder, der zudem fordert, endlich klimaschädliche Landesförderungen abzustellen.

### Weg mit der Schuldenbremse

All dies geschieht nicht. Es fehlen die Investitionen und das nicht nur beim Klimaschutz. Denn mit diesem Doppelbudget wird von Schwarz-Blau auch die Politik der sogenannten Schuldenbremse fortgesetzt. „Die

Schuldenbremse ist eigentlich eine Investitionsbremse. Ein selbstauferlegtes Dogma, mit dem sich die Politik ihren Handlungsspielraum selbst einschränkt“, meint Hirtz. Als Grüne „bekennen wir uns zu einem ausgeglichenen Budget. Aber derartige finanzielle Fesseln sind völlig kontraproduktiv, das sagen auch viele Ökonomen“. Dass sich jüngst Vorarlberg von dieser Null-Schulden-Politik verabschiedet hat, hat wohl seine Gründe. Aus all dem haben die Grünen die Konsequenzen gezogen und diesem Doppelbudget über weite Strecken nicht zugestimmt.

## Schützt die grünen Wiesen!

Der Wildwuchs an Supermärkten muss endlich aufhören.

■ **MAX GUSENBAUER**

**U**nser Boden ist wertvoll, dessen Schutz wichtig. Es mangelt nicht an Bekenntnissen, aber leider an wirklich effektiven Taten. Die schwarz-blaue Landeskoalition hat die Eckdaten der Novelle der Raumordnung präsentiert. Diese geht zwar in manchen Bereichen in die richtige Richtung, aber „sie ist halbherzig und dreht an zu kleinen Rädern.



Sie ist nicht der große Wurf, der dringend nötig wäre“, betont die Grüne Raumordnungssprecherin Uli Böker.

Die Grünen sehen daher vier Grundprinzipien, die eine effektive Raumordnung aufweisen müsste:

Erstens müssten die besten Agrarflächen vor jeglicher Verbauung geschützt sein. „Wo unser Essen wächst, wird nicht mehr gebaut – ganz einfach. Die Kornkammern Oberösterreichs dürfen nicht zu einem Parkplatz werden“, betont Böker. „Leider wird dieser Schutz der Agrarflächen in der Novelle überhaupt nicht berücksichtigt“, meint Böker.

Zweitens müssten Grünzonen dauerhaft geschützt werden.

„Hier ist die Regel: wo sich die Menschen erholen, wird nicht mehr gebaut. Dafür brauchen wir einen landesweiten Grünzonenplan“, betont Böker.

Drittens muss Schluss sein mit Einkaufszentren auf der grünen Wiese. „Der Wildwuchs an Supermärkten auf der grünen Wiese und das Durchwinken von Genehmigungen muss aufhören“, betont Böker und verweist darauf, dass Österreich schon jetzt eine der höchsten Einkaufsflächen pro Kopf in der EU aufweist und gleichzeitig immer mehr Gebäude leer stehen.

Viertens dürfen fürs Parken keine Grünflächen mehr vergeudet werden. Wenn künftig Handelsbetriebe oder Industrien gebaut werden, darf es ab einer bestimmten Größe nur mehr Hoch- oder Tiefgaragen geben. „Nur so können wir verhindern, dass für Parkflächen mehr Grünland versiegelt wird als für das Gebäude selbst“, betont Böker.

Ohne konsequentes Vorgehen geht der Bodenverbrauch unvermindert weiter. Den Verantwortlichen sei ins Stammbuch geschrieben: Boden kann man nicht nachbestellen. Verbaut ist verbaut.

# Das Schlaraffenwahlkampfkostenland

Zugegeben, Wahlkampf löst nicht die feinsten Assoziationen aus, kein Wohlfühlbegriff, keine Kuschelzeit. Aber Wahlkampf soll und muss es geben. Parteien sollen für ihre Programme und Inhalte werben. Das ist wichtig für die Entscheidung der WählerInnen.

## ■ MAX GUSENBAUER

Aber man kann dabei deutlich über die Stränge schlagen. Man kann die Kosten ausufer lassen, das Land mit Plakaten überziehen und damit Steuergeld verpulvern, als müsste man es nur nachdrucken. Genau das droht Oberösterreich mit dem neuen schwarz-blauen Parteienfinanzierungsgesetz. „ÖVP und FPÖ machen unser Land mit diesem Gesetz zum bundesweiten Hotspot der Wahlkampfkosten. Sie sorgen dafür, dass in unserem Bundesland zukünftig die teuersten Wahlkämpfe Österreichs stattfinden werden“, zeigt der Grüne Landtagsabgeordnete Severin Mayr auf.

Nach dem von Schwarz-Blau geplanten Gesetz darf jede Partei bei Landtagswahlen sechs Millionen Euro ausgeben. Bei den gleichzeitig stattfindenden Gemeinderatswahlen gibt es überhaupt keine Grenze. „Damit droht Oberösterreich eine Materialschlacht der Sonderklasse und damit die geballte

Steuergeldverschwendung“, meint Mayr.

Zur Erinnerung: Oberösterreich braucht ein neues Parteienfinanzierungsgesetz, weil laut Verfassungsgerichtshof eine Begrenzung der Landes-Wahlkampfkosten nicht in der Kompetenz des Bundes liegt. Dazu kommen die Erfahrungen aus dem Landtagswahlkampf 2015.

Damals hatte die ÖVP selbst die erlaubten, fast anständigen sieben Millionen Euro Wahlkampfkosten um satte 340.000 überschritten – mit der nonchalanten Reaktion „Was wiegt, des hat’s“.

„Nun gönnt man sich sechs Millionen Euro. Das heißt, für den Wahlkampf im Bundesland OÖ, darf fast soviel ausgegeben

werden, wie für einen bundesweiten Wahlkampf. Das zeigt, dass es hier bei Schwarz-Blau kein wirkliches Umdenken gegeben hat“, betont Mayr. Auch die Pro-Kopf Rechnung zeigt diese Schiefelage: „Während bei Nationalratswahlen 1,12 Euro pro Wahlberechtigtem ausgegeben werden, sind es in OÖ alleine bei der Landtagswahl 5,43 Euro und damit mehr als das Fünffache“, zeigt Mayr auf, dabei sind „die Ausgaben für die gleichzeitig stattfindenden Gemeinderatswahlen noch gar nicht eingerechnet“.

In keinem anderen Land werden die Wahlkampfkosten pro Kopf höher liegen als in Oberösterreich. Die Steiermark hat erst vor kurzem eine Grenze von 1 Mio. pro Partei beschlossen – in einem Bundesland, das kaum weniger Wahlberechtigte hat als OÖ.

Ein gutes Parteienfinanzierungsgesetz bräuchte aber noch mehr als eine Kostenbeschränkung. Dringend nötig wäre eine Regelung, die Transparenz garantiert und Sanktionsmöglichkeiten beinhaltet. „Es muss eine lückenlose Offenlegung und Kontrolle der Wahlkampfkosten geben. Und wenn sie überschritten werden, darf es keine lahmen Sanktionen geben, sondern solche, die spürbar sind und abschrecken“, betont Mayr.

*\* exkl. (!) gleichzeitiger Gemeinderatswahl (ohne Grenze)*

*\*\* inkl. gleichzeitig stattfindender Bezirksvertretungswahl*

*\*\*\* bislang nur Entschließung (Selbstbindungsbeschluss), Gesetz folgt*



## WAHLKAMPFKOSTEN

Bundesland	Wahlberechtigte	Wahlkampf-kosten	pro Kopf
Oberösterreich	1.104.436	6.000.000	5,43*
Wien	1.149.664	6.000.000	5,22**
Niederösterreich	1.292.902	6.000.000	4,64
Salzburg	395.640	1.116.000	2,82
Vorarlberg	274.500	549.000	2,00***
Kärnten	437.785	590.000	1,35
Österreich	6.396.812	7.140.000	1,12
Steiermark	965.659	1.000.000	1,04
Burgenland	233.182	Beschluss folgt	
Tirol	543.044	Beschluss folgt	

Foto: Die Grünen OÖ

## KURZMELDUNGEN

### Ausbau der Frauenhäuser in Oberösterreich überfällig

Einen deutlichen Ausbau der Frauenhäuser in OÖ fordert die Grüne Frauensprecherin LAbg, Maria



Buchmayr. „Der Bedarf ist bei weitem nicht gedeckt“, betont Buchmayr, „dabei haben sich in der Frauenstrategie 2030 alle Landtagsfraktionen zu einem Ausbau der Frauenhäuser bekannt“. Aus heutiger Sicht würde dies drei Frauenhaus-Neubauten und mindestens eine Frauenübergangswohnung in jedem Bezirk vorsehen. „Für den Schutz der von Gewalt betroffenen Frauen müssen jetzt endlich alle an einem Strang ziehen. Wir müssen vom Reden ins Tun kommen“, betont Buchmayr.

### Mehr Angebote für Menschen mit Behinderung



Nicht ausreichend sind für Ulrike Schwarz die Finanzmittel für Menschen mit Behinderung.

„Arbeits- und Wohnplätze für Menschen mit Behinderung müssen dringendst ausgebaut werden, das wissen wir seit Jahren. Aber mit dem beschlossenen Sozialbudget ist dies nicht möglich“, kritisiert die Grüne Behindertensprecherin. Sie kündigt einen Antrag an die zuständige Soziallandesrätin an. „Wir wollen von ihr ein umfassendes Programm, wie kurz- mittel- und langfristig der Bedarf an Arbeits- und Wohnplätzen für Menschen mit Behinderung gesichert werden kann“. Für Schwarz gilt es, diesen Engpass endlich zu beseitigen. „Seit Jahren werden die Betroffenen, aber auch deren Angehörige, immer vertröstet. Die Belastung für die Eltern steigt ständig, weil bei den Behinderteneinrichtungen immer mehr gespart wird und Leistungen wegfallen“, betont Schwarz und fordert flexiblere Angebote im Bereich Arbeit und Wohnen, Ausbau der mobilen Dienste sowie der persönlichen Assistenz.



## SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

# 19.12.2019

Mein Tagebuch, ich sag dir was, des dauert mit der Regierung.

Erfahren tut man gar nix, – da red ich ja im Schlaf mehr als die Verhandler vor der Kamera. Wenn’s was wird, ist das a Spätlese, wie der Winzer sagen tät. Aber zu lange ist a nix, sonst wird’s Essig. Aber einmal ist scheinbar der Strom im Palais ausgefallen, und die Türkisen haben gleich glaubt, die Grünen warns und wollen überall die Lichter abdrehen,

aber ich glaub, des war einfach a Kurz-Schluss.

Ich glaub ja, dass viele Türkise noch immer a Bio-Ganslhaut bekommen, wenn’s an die Grünen denken. Weils dann Birkenstock anziehen und Tofu-Würstl essen müssen, alles a Bledsinn. Ist noch net die heiße Liebe, net a Solar-kraftwerk, eher a Wärmepumpe, die grad anläuft. Aber des könnt schon was werden. Manchem Türkisen drückt’s a

blaue Träne aus dem Augwinkel, weil alles so schön, einfach und rechts war, mit der FPÖ. Die wissen grad net, wen sie mehr schimpfen sollen, die anderen Parteien oder den Ex Chef. Und natürlich der die das DAÖ, zuerst hab ich glaubt, das ist was Esoterisches.

Was macht Schwarz-Blau in Oberösterreich, außer gruseln, dass vielleicht Türkis-Grün kommt? Die haben grad das Doppelbudget für die nächsten

zwei Jahre beschlossen, haben aber vergessen, dass auch den Klimaschutz verdoppeln. Die wolln sparen und sparen und sparen. Dies ist wie das Dach beim Hausbauen einsparen und dann Geld fürs Auspumpen brauchen. Gscheit.

So, schluss jetzt, mein Tagebuch, bin müd, ich hab Kopfweg, wie nach einer Richtungs-diskussion in der SPÖ.

■ MAX GUSENBAUER

## IMPRESSUM

oö.planet. 07/2019  
Zulassungsnr.: GZ 02Z031264 M

**Medieninhaberinnen:** Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17 **Herausgeberinnen:** Die Grünen OÖ und der Klub der Grünen im oö. Landtag. **Die Redaktion:** Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Mag. Herbert Vorarberger, Mag. Stefan Hauer, Mag. Markus Gusenbauer, Ursula Roschger **MitarbeiterInnen und AutorInnen:** Dr. René Freund, Mag. Maria Buchmayr, Gottfried Hirz, Mag. Barbara Vanek **Korrektorat:** Mag. Barbara Vanek **Fotos:** bilderdbox.com, istock, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner **Karikatur:** Axel Kliment-Feuerberg / leiwaund.net **Gestaltung:** agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner **Produktion:** Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner **Adressenverwaltung:** Tel.: 0732/73 94 00 ooe@gruene.at **Druck:** Wimmer Medien Druck, Linz **Verbreitete Auflage:** 22.000 Stück; Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint **Ende Feb. 2020**

# Schlusspunkt



Quelle: Axel Klimt-Feuerberg / leiraund.net

## Termine

**Do., 16. Jänner, 17.00 - 18.30 Uhr:**  
**Toulouse-Lautrec**

Führung durch die Toulouse-Lautrec-Ausstellung und Rundgang durch den Raum „Echt jetzt?!“; Ort: Landesgalerie Linz, Museumsstraße 14, 4010 Linz; Treffpunkt: 16.50 Uhr bei der Kassa; Anmeldung: bis 13.01.2020 unter [generationplus.ooe@gruene.at](mailto:generationplus.ooe@gruene.at)

**Fr., 24. Jänner, ab 18.00 Uhr**

**Filmvorführung: Der große Diktator**  
Filmstart ist um 19.00 Uhr – zuvor laden wir auf ein Getränk und Snacks ein. Ort: Cinematograph, Obere Donaulände 51, 4020 Linz Anmeldung: bis 20.01.2020 unter [generationplus.ooe@gruene.at](mailto:generationplus.ooe@gruene.at) Kosten: Eintritt frei!

**So., 26. Jänner, 10.30 Uhr**  
**Schneeschuhwandern durch die Winterlandschaft**

Treffpunkt: Spital/Pyhrn Hengstpass und im Bereich des Arlingsattels; Begleitung: Wolfgang Riedl, Geologe und Nationalpark Ranger. Gehzeit: ca. 4 Std. Infos: [www.planetreisen.at](http://www.planetreisen.at), Tel.: 0664 5401722,

**Do., 30. Jänner, 19.30 Uhr**  
**Theaterbesuch: „Der letzte Raucher stirbt nicht an Lungenkrebs, er erfriert am Balkon.“**

Ort: Theater Phoenix, Wienerstraße 25, 4020 Linz Kontingent: 15 Karten Anmeldung: [generationplus.ooe@gruene.at](mailto:generationplus.ooe@gruene.at) Kosten: 8 Euro.

### PLANETREISEN

#### Reisen auf die sanfte Tour

Tages- und Mehrtagesreisen für oö.planet-LeserInnen in den mittel-europäischen Nahraum sowie in andere Regionen Europas

**Fr. 17.01. bis Sonntag, 19.01.2020:**  
**Eine böhmische Winterreise** – auf Besuch in Trebon, in der Stadt der Teiche in Südböhmen

**Sa. 4. – Fr. 10.04.2020: Rijeka**  
Auf Besuch in der Europäischen Kulturhauptstadt; weitere Reisen und Infos unter [planetreisen.at](http://planetreisen.at), Tel.: 0664 5401722 (Marco Vanek)

### KONTAKT

**Die Grünen OÖ – Die Grüne Alternative**  
Landgutstraße 17, 4040 Linz  
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556  
Mail [ooe@gruene.at](mailto:ooe@gruene.at)  
Web [ooe.gruene.at](http://ooe.gruene.at)

### REDAKTION

**oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ**  
Landgutstr. 17, 4040 Linz  
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556

**LeserInnenzuschriften:**  
Mail [marco.vanek@gruene.at](mailto:marco.vanek@gruene.at)  
Aboverwaltung: Nina Grgic  
Tel. 0732/73 94 00-429  
Mail [service.ooe@gruene.at](mailto:service.ooe@gruene.at)

## Überbewertet?

*Drei Sterne hier, fünf Sterne da: Jetzt reden alle mit!*



TEXT RENÉ FREUND

Von der „Umwertung aller Werte“ (Nietzsche) führte der Weg allmählich zur Bewertungs-Gesellschaft, der Bewertung aller Werte. Das wird häufig beklagt, denn jetzt dürfen alle mitreden. Die Meinungs-Demokratisierung mittels Internet gibt auch Menschen eine Stimme, die vorher keine hatten, was mühsam sein mag. Aber siehe da, durch öffentliche Bewertungen hüten sich Hotels davor, ihre Gäste zu vergraulen; Taxifahrer bemühen sich, die kürzeste Strecke zu wählen; selbst die Götter in Weiß treten nicht mehr so selbstherrlich auf, seit auch sie bewertet werden; und sogar in Wiener Kaffeehäusern hat man in letzter Zeit schon nette Kellner gesehen. Wer möchte schon: „Unfreundlich, grantig, inkompetent“ als Überschrift im weltweiten Netz stehen haben? Politikerinnen werden sowieso dauernd bewertet, Journalistinnen und Autorinnen samt ihren männlichen Pendants auch – das gehört einfach zum Geschäft.

Insofern scheint es mir ein wenig wehleidig, dass jene Berufsgruppe, deren Haupttätigkeit das Bewerten anderer ist, sich ihrerseits so gegen Bewertungen wehrt. Lehrerinnen und Lehrer vergeben

Noten, die zwar nicht öffentlich sind, aber dennoch ganze Lebensläufe zerstören oder zumindest beeinflussen können. Und umgekehrt soll es nicht möglich sein, die Bewerter zu bewerten? „Menschen gibt man keine Sterne“, heißt es gerne als Argument, aber es sind ja nicht die Menschen, die den Stern oder die Sterne bekommen, sondern ihre Leistungen, ihre sozialen Fähigkeiten und ihr Engagement. Willkür wäre Tür und Tor geöffnet, meinen Skeptiker, aber ganz ehrlich – alle, die Kinder haben, wissen, wie willkürlich Noten sein können. Und was nützen Demokratie-kurse und politische Bildung an Schulen, wenn Schülerinnen und Schüler jeden Tag erleben, dass an den Schulen selbst vordemokratische Verhältnisse herrschen? Die einen werden beim Jausenstand schneller bedient als die anderen, obwohl es alle eilig haben. Die einen tragen Straßenschuhe, die anderen Hausschuhe. Die einen betreten die Schule durch das Portal, die anderen durch den Hintereingang. Die einen haben die Macht, die anderen können sich beschweren, was freilich oft zu Repressionen führt – in Form von schlechten Bewertungen.

.....  
*René Freund ist Autor. Sein neuer Roman „Swinging Bells“ erhielt in zahlreichen Bewertungen drei bis fünf Sterne.*